

Das Grüne Blatt

Für Sie

Alfter
Gielsdorf
Impekoven
Oedekoven
Witterschlick
Volmershoven
Heidgen

Vor Ort



Europawahl 24

Es geht um die Zukunft der jungen Generation

Mehr dazu auf Seite 2



Im Portrait: Alexandra Geese
Partizipativ. Europäisch. Digital
Mehr dazu auf Seite 4



Europawahl 2024
Um was geht es?
Mehr dazu auf Seite 4



Populismus in Alfter?
Ein Kommentar von Eckhard Klieme
Mehr dazu auf Seite 4



Es wird wärmer...
Mehr dazu auf Seite 5



Ein Plädoyer für das Unkraut
Mehr dazu auf Seite 5



Wie geht es weiter mit dem Gymnasium?
Mehr dazu auf Seite 6



Aus dem Gemeinderat:
Die GRÜNEN zum Haushalt 2024/25
Mehr dazu auf Seite 6



Für Vielfalt, Toleranz und eine starke Demokratie in Alfter!
Mehr dazu auf Seite 7



Abschaltung der Straßenbeleuchtung:
Mehr dazu auf Seite 7



Europawahl 24

Es geht um die Zukunft der jungen Generation

Der europäische Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Er hat uns ein Wohlstandsniveau beschert, das alle Mitgliedstaaten zusammen ohne dieses Bündnis nicht hätten erreichen können. Dazu zählt vor allem die Tatsache, dass wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges **Frieden in Kern-Europa** haben. Wer hätte sich das vorstellen können auf einem Kontinent, der wie kein anderer über Jahrhunderte beherrscht war von Kriegen, Hungersnöten und Krankheiten? Die ehemaligen „Erzfeinde“ Frankreich und Deutschland, die etliche Kriege gegeneinander geführt haben, wurden zur treibenden Kraft der Vertiefung der Europäischen Union (EU), zur „Lokomotive Europas“.

Die Europäische Gemeinschaft bzw. spätere EU (Vertrag von Lissabon 2009) hat uns aber nicht nur Frieden beschert, sondern auch viele Freiheiten, die uns inzwischen selbstverständlich erscheinen. Zum „**Europäischen Projekt**“ gehören vier wesentliche **Grundfreiheiten**, die uns das Leben erheblich erleichtern:

- Freier Personenverkehr: Jede und Jeder von uns darf in jedem EU-Land wohnen und arbeiten.
- Freier Warenverkehr: Keine Beschränkungen, zum Beispiel in Form von Zöllen. Das hat zu einem großen Warenangebot mit günstigen Preisen auf Grund des hohen Wettbewerbes geführt.
- Freier Dienstleistungsverkehr: Jede und Jeder kann in jedem Land seine Dienstleistungen anbieten.

Und

- Freier Kapitalverkehr: Jede und Jeder darf sein Geld in jedem Land anlegen.

Das war nicht immer so. Die Älteren können sich noch daran erinnern, dass sie bei jedem „Grenzübertritt“ kontrolliert wurden (vor Umsetzung des Schengener-Abkommens 1999) und Deutsche Mark in die jeweilige Landeswährung tauschen mussten. Dabei war nicht nur der Tausch in die jeweiligen Landeswährungen lästig, sondern auch die jeweils recht hohe Wechselgebühr.

Von den bisher umgesetzten Stufen der **Vertiefung des Binnenmarktes** profitiert v.a. die junge Generation, denn die damit verbundenen Wohlstandsgewinne ermöglichen hohe Standards in Bereichen, wie zum Beispiel beim Verbraucherschutz, Datenschutz, Klimaschutz und den Sozialsystemen.

Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, dass die hohen Sozialstandards eigentlich eine europäische Besonderheit sind – und damit alles andere als

weltweit üblich. Sie sichern den Zusammenhalt unserer Gesellschaften. Das hat natürlich seinen Preis. Ein Gegenbeispiel sind die USA: Wer hier seinen Job verliert oder krank wird, kann sehr schnell „absteigen“ und im schlimmsten Falle in einem der berüchtigten Zeltstädte landen, die es in allen großen Städten gibt – selbst in der Hauptstadt Washington. Diese Bilder wollen wir in der EU nicht haben.

Die Nachteile, die es mit sich bringt, nicht in der EU zu sein, lassen sich anschaulich ermessen anhand der Erfahrungen, die das Vereinigte Königreich nach dem Brexit Ende Januar 2020 gemacht hat: Das Bruttoinlandsprodukt ist gesunken. Lebensmittel sind teurer geworden. Nur ein Bruchteil der Verträge, von denen das Vereinigte Königreich durch die EU-Mitgliedschaft profitiert hat, konnten durch bilaterale Verträge ersetzt werden – und das oft zu schlechteren Konditionen. Die Verhandlungsposition eines einzelnen Landes ist nun mal deutlich schwächer als die einer großen Gemeinschaft. Es gibt also gute Argumente für die Mitgliedschaft in der EU.

Trotz der bisherigen Erfolge liegt ein weiter Weg vor uns. Denn die in der EU noch vorhandenen Probleme sind offensichtlich. Dazu zählen die mühseligen Abstimmungsprozesse oder die große Zahl von Regelungen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass sich vor allem junge Menschen für die europäische Idee einsetzen und sie verbessern. Eine Weiterentwicklung ist auch dringend notwendig, wenn die EU auch in Zukunft noch eine Rolle auf der Weltbühne spielen und den Anschluss an die Supermacht USA und die zukünftigen Supermächte China und Indien nicht verlieren will.

Gerade die **Exportnation Deutschland** ist auf freie Märkte angewiesen wie kaum ein anderes Land in der EU. Von den Exporten Deutschlands gingen 2021 allein rd. 50 % in die Länder der EU.

Deutschland ist unter den führenden sieben Industrienationen der westlichen Welt die offenste Volkswirtschaft (Importe und Exporte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Der sog. Offenheitsgrad liegt bei rund 89%. Die Handelswege müssen aber auch in beide Richtungen offen sein, was bei autokratischen Regimen nicht die Regel ist. Die Grenzen sind dann erreicht, wenn die Abhängigkeiten von autokratischen Regimen so ausgeprägt sind, dass Störungen zu massiven Problemen bei der Versorgung und zu Turbulenzen bei den Preisen führen. Das hat uns der Überfall Russlands auf die Ukraine gerade schmerzlich vor Augen führt.

Wir brauchen deshalb dringend eine **geopolitische Strategie**, die sowohl Handelsabkommen als auch die strategische Autonomie beinhaltet. Gegenüber dem wichtigen Handelspartner China bedeutet dies in erster Linie eine vorsichtige, stufenweise Absenkung der Abhängigkeiten („derisking“).

Darüber hinaus brauchen wir Freihandelsabkommen mit anderen Regionen, die uns erhebliche Wohlstandsgewinne beschere könnten. Aktuell werden allerdings einige Abkommen verhindert. Dabei spielt der Agrarsektor eine wichtige Rolle. So hat Frankreich mit Rücksicht auf seine Bauern in letzter Minute ein Abkommen mit Lateinamerika (**Mercosour**) verhindert. Ein weiteres Abkommen mit Kanada (**Ceta**) besteht weiterhin nur vorläufig und ein Abkommen mit unserem wichtigsten Partner, den USA, ist aktuell nicht in Sicht. Sie scheitern alle an Partikularinteressen, während gleichzeitig China und Russland ihren Einfluss vor allem im globalen Süden ausbauen konnten. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben: Die Volksrepublik China strebt bis 2049 die Weltherrschaft an. China wird immer mehr zum Systemrivalen für demokratische Staaten. Dem kann sich nur eine mächtige und geschlossene EU entgegenstellen. Weitere Vertiefung ist auch erforderlich im Bereich **innere und äußere Sicherheit sowie bei den Kapitalmärkten**: eine Kapitalunion würde mehr privates Kapital für Unternehmen ermöglichen und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Impressum:

HerausgeberIn: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter
www.gruene-alfter.de



Redaktion: Benedikt Malitte
Dominic Larue
Michael Schroerlücke

V.i.S.d.P.: Michael Schroerlücke
Lorenweg 48 – 53347 Alfter

Redaktionsschluss: 28. April 2024

Satz, Druck: DWGV Litterscheid
Von-Weichs-Str. 23 – 53121 Bonn

Bilder: © shutterstock_35163253, 2294303595

Auflage: 12.500 Exemplare

Auch in der Außenpolitik muss die EU eine stärkere Rolle spielen. Die jüngsten Fehlschläge nationaler Vermittlungsversuche im Nahostkonflikt machen doch eines ganz deutlich: Es fehlt schlicht an Macht und Einfluss, um Veränderungen zu erreichen. Die notwendige Machtfülle kann derzeit nur die USA aufweisen.

Aus alledem ergibt sich eine einfache Schlussfolgerung:

Wenn wir unsere Lebensqualität und unsere Position in der Welt bewahren wollen, geht es nur über die Vertiefung des Europäischen Projektes. Ein Rückfall auf nationale Positionen ist dagegen das falsche Rezept. Es würde sowohl unsere Freiheit als auch unseren Wohlstand gefährden.

Deshalb ist es wichtig, dass sich gerade die junge Generation für die EU engagiert und ihr Legitimation verleiht. Legitimation entsteht in erster Linie durch freie Wahlen, wie die bald anstehende Europawahl. Bei der diesjährigen Wahl ist besonders erfreulich, dass die junge Generation, um deren Zukunft es besonders geht, deutlich mehr Gewicht erhält. Denn das Wahlalter wurde erstmals von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Es geht um nicht weniger als die Verteidigung unserer Demokratie – einer Staatsform, die weltweit auf dem Rückzug ist. Auch in den Mitgliedstaaten der EU gewinnt der Rechtspopulismus mit seinen scheinbar einfachen, gleichwohl aber falschen Antworten an Bedeutung. Es gibt also nicht nur eine externe, sondern auch interne Bedrohung. Vor diesem Hintergrund stellt die französische Spitzenkandidatin der Partei von Emmanuel Macron, Valérie Hayer, zurecht die Frage: „Wollen wir Europa den Feinden Europas überlassen?“

Es kann daher nur einen Appell an alle Wahlberechtigten – und vor allem an die Jüngeren geben:

- **Gehen Sie zur Europawahl am 09. Juni 2024 und wählen eine demokratische Partei, die sich zu Europa bekennt.**
- Wer sich noch nicht sicher ist, welcher Partei/Vereinigung die eigene Stimme bekommen soll, kann einen Blick in den **Wahl-O-Mat zur Europawahl** werfen.
- Nicht zu wählen oder eine rechtspopulistische Partei zu wählen, ist nicht klug und zudem auch noch gefährlich.

Hermann Huckert

Fakten zur Europawahl:

Das Europäische Parlament (EP) ist die einzige Institution der EU, die direkt von der Bevölkerung gewählt wird.

Die Wahlperiode des EP beträgt 5 Jahre.

Erstmals ist das Wahlalter von 18 auf 16 Jahren gesenkt worden. Deshalb ist der Kreis der Wahlberechtigten größer geworden. Wahlberechtigt sind rd. 350 Mio BürgerInnen aus 27 Mitgliedstaaten. In der Bundesrepublik Deutschland sind rd. 66 Mio BürgerInnen wahlberechtigt, darunter 5 Mio ErstwählerInnen.

34 Parteien stehen auf dem NRW-Wahlzettel, darunter erstmals das neu gegründete Bündnis Sahara Wagenknecht sowie die Klima-Organisation „Letzte Generation“.

Die meisten Parteien in den Mitgliedstaaten sind einer europaweiten Partei angegliedert.

Bei der Wahl gibt es nur eine Stimme, die an eine Partei oder Vereinigung gegeben werden kann.

Es werden 720 Abgeordnete in den 27 Mitgliedstaaten gewählt (darunter 96 aus Deutschland). Sie bilden nach den Wahlen Fraktionen.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass sich die Einstellungen der ErstwählerInnen in der Bundesrepublik Deutschland nur in Nuancen von der Gesamtheit der Wahlberechtigten unterscheiden. Die jüngeren WählerInnen (16 bis 22 Jahre) sehen jedoch in höherem Maße die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft Deutschlands.

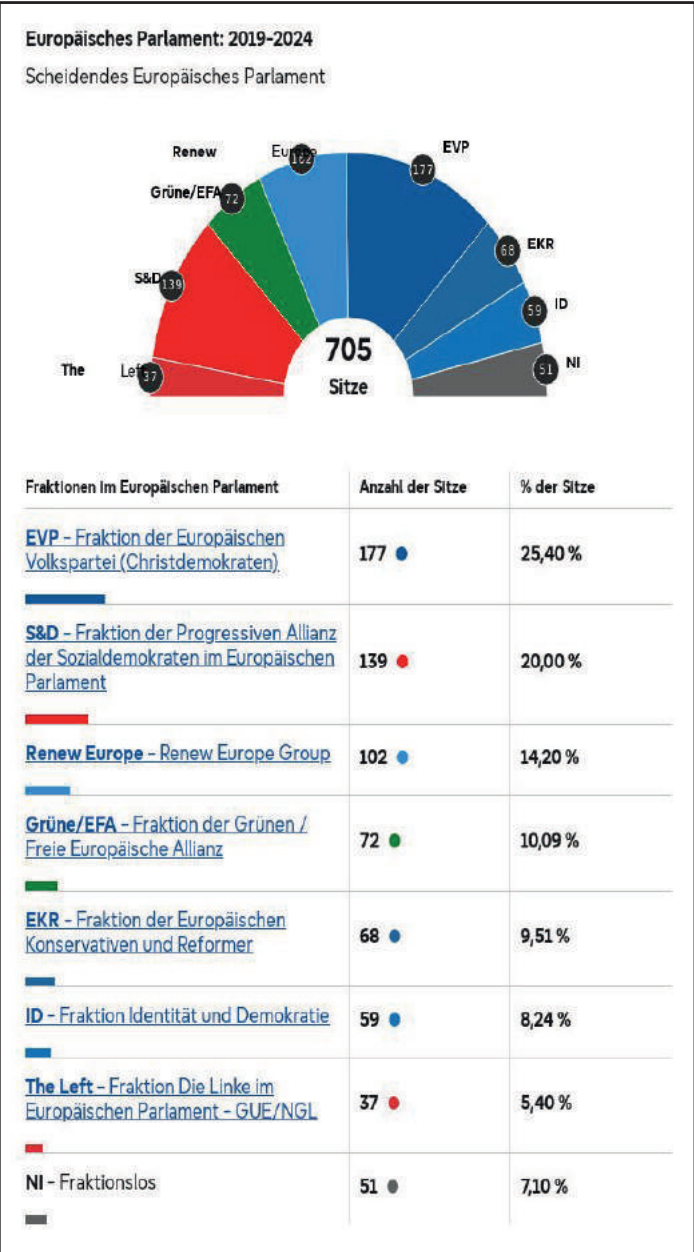
Die Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten

- 1958** Beitritt Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande
- 1973** Beitritt Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark
- 1981** Beitritt Griechenland
- 1986** Beitritt Spanien, Portugal
- 1995** Beitritt Finnland, Österreich, Schweden
- 2004** Beitritt Malta, Lettland, Litauen, Estland, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
- 2007** Beitritt Bulgarien, Rumänien
- 2013** Beitritt Kroatien
- 2020** Austritt Vereinigtes Königreich

Die Europäische Union 2020

Der EU-Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt (Bruttoinlandsprodukt)

- 450** Mio. Bürger in 27 Ländern
- 24** verschiedene Amtssprachen
- 19** Staaten mit einer gemeinsamen Währung





Im Portrait: Alexandra Geese
Partizipativ. Europäisch. Digital

Partizipation

Die Digitalisierung schafft mehr Teilhabe, mehr Einmischung und mehr Wissen für alle – wenn das Internet ein freier Ort mit starken Rechten für die Nutzer*innen ist. Dafür setze ich mich ein. Denn die Freiheit und Gerechtigkeit im Netz ist mehr denn je in Gefahr, seit große Online-Plattformen mit ihren Geschäftsmodellen die Meinungsbildung steuern. Ich streite für eine solidarische, grüne und feministische Digitalisierung, die alle Menschen mitnimmt.

Europa

Europa muss die großen Aufgaben der Zukunft gemeinsam lösen. Ich arbeite für ein Europa, das nachhaltiger, solidarischer, gerechter und verantwortungsvoller gegenüber der Welt und den Bürger*innen wird. Das gilt auch für die Digitalisierung. In Brüssel wird die Agenda für die meisten digitalen Themen gesetzt und ich streite dafür, dass Europa seine demokratischen Werte auch technologisch behauptet.

Digitales

Durch digitale Technologien können wir besser miteinander kommunizieren, reisen, arbeiten, lernen, studieren und Kontakte knüpfen – über Ländergrenzen hinweg. Nach den Ursprungsprinzipien des Internets sorgt digitale Vernetzung für mehr Partizipation, mehr Einmischung, mehr Wissen für alle und stellt so unsere Demokratie auf eine breitere Basis.

Aber in den vergangenen Jahren wurden digitale Technologien zu einer Konzentration von Macht und Reichtum in wenigen Händen genutzt. Google, Facebook und Co. kontrollieren immer größere Teile der Wirtschaft und der politischen Meinungsbildung in westlichen Ländern. In China wird die Digitalisierung zur Totalüberwachung der Gesellschaft genutzt, so dass jeder Dissens im Keim erstickt werden kann.

Mehr denn je brauchen wir Freiheit und Gerechtigkeit. Ich streite für eine solidarische, grüne und feministische Digitalisierung, die alle Menschen mitnimmt.



Europawahl 2024
Um was geht es?

“Die Europäische Union ist Garant für Schutz und Frieden” Es ist nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine zerbrach aber die Gewissheit eines friedlichen Europas. Seither erinnert uns der Krieg daran, wie sehr wir eine starke Europäische Union brauchen, die uns schützt. Denn in einer Welt, deren Herausforderungen nicht an nationalen Grenzen haltmachen, kann ein starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele Menschen sehnen. Bei der Europawahl 2024 geht es um nichts Geringeres als das.

Ein Europa, das uns schützt und stark macht

Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen es stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern, um unsere Freiheit zu wahren.

Dafür müssen wir jetzt die nächste große Aufgabe angehen: Angesichts von wachsenden globalen Spannungen, technologischem Wandel und der Klimakrise müssen wir mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

Das gelingt nur europäisch. Europäisch aber kann es gelingen. Dafür haben wir auf unserem Parteitag im November 2023 ein Programm verabschiedet.

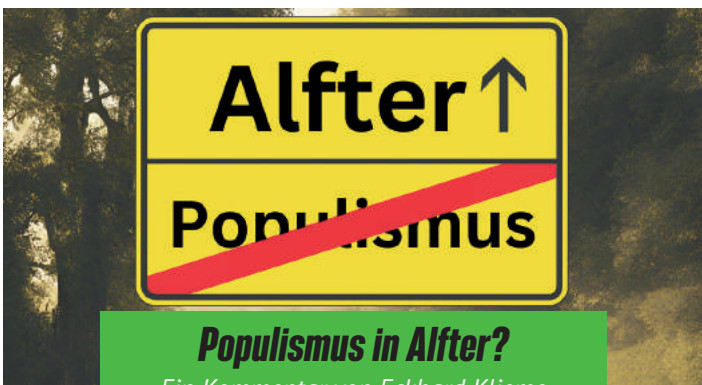
Wohlstand und Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit schützen

Mit unserem Europawahlprogramm “Was uns schützt” machen wir als Partei klar: Wir wollen Verantwortung übernehmen. Deshalb treten wir an für eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik, die – gerade weil wir europäisch mehr erreichen können als im nationalen Alleingang – Europa besser machen will. Für eine Politik, die den Kompromiss sucht und bereit ist, über Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch gemeinsam als Europäer*innen vorankommen.

Mehr über Alexandra Geese erfahren



Zum Programm zur Europawahl 2024



Bürgermeister Rolf Schumacher und seine Verwaltung haben am Beginn der Schulgründung eindeutig Fehler gemacht. Wir Grünen hatten 2022 einen Runden Tisch vorgeschlagen, um Betroffene, Expertinnen und Experten, Politik und Verwaltung zusammen zu bringen. Der Bürgermeister hat es vorgezogen, einen Architekten zu beauftragen, der die Gemeinde mit einer Kostenplanung von 80 Millionen überraschte. Das löste eine Dauerkrise um den Gemeindehaushalt und die Grundsteuer aus. Alfterer Bürgerinnen und Bürger protestierten zu Recht – und mit Erfolg: der Gemeinderat hat die Steuererhöhung für 2024 und 2025 auf ein vertretbares Maß reduziert. Der Schulbau wird billiger. Andere Forderungen und Behauptungen der Bürgerinitiative wurden im Gemeinderat, auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zurückgewiesen: Die Anmietung des Alfterer Schlosses war kein Luxus, sondern billiger als alternative Lösungen für die Ganztagsbetreuung der Grundschülerinnen und Grundschüler und die Unterbringung von Flüchtlingen. Die neue Mehrzweckhalle am Herrenwingert wurde wesentlich durch Fördermittel finanziert. Das Baugebiet „Buschkauler Feld“ ist kein Minusgeschäft, weil der Verkauf der Grundstücke erst anläuft.

Abgesehen von den Sachargumenten bleibt mir persönlich ein Unbehagen über das Vorgehen der Bürgerinitiative. Sie hat aus der Empörung über Steuern einen Angriff auf den Bürgermeister gemacht und seine Abwahl gefordert, obwohl auch der Bürgerinitiative klar war, dass eine Abwahl keine Auswirkungen auf die Grundsteuer hätte. Das Verfahren wäre zudem teuer geworden und im September 2025 wird ohnehin gewählt. Noch bevor der nächste Haushalt mit samt Hebesatz für die Grundsteuer entsteht können wir also eine neue Bürgermeisterin oder einen neuen Bürgermeister bestimmen.

Ich habe Rolf Schumacher nicht gewählt. Aber das Abwahlbegehren war aus meiner Sicht reiner Populismus: Auf der Welle der öffentlichen Empörung reiten, Politikerinnen und Politiker persönlich als Schuldige anprangern. Der Streit um das Abwahlbegehren hat die Gemeinde in Atem gehalten – auch im wörtlichen Sinne: Als Ratsmitglied musste ich stillhalten, konnte das Begehren gar nicht kritisieren, weil mir sonst vorgeworfen worden wäre, mich undemokratisch zu verhalten. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat schließlich das Recht, ein Abwahlbegehren auf den Weg zu bringen. Aber ein Beispiel für gute Demokratie war das wahrlich nicht, denn der Streit um Sachfragen wurde umgemünzt in die Kampagne gegen eine Person.

Populismus ist ein zu schlichtes Rezept. Die Gemeinde muss sich tiefer mit den finanziellen Problemen beschäftigen. Selbstverständlich geht es um sinnvolle Einsparungen. Wir Grünen halten es auch für möglich, mehr Rücklagen zu verbrauchen und damit in ein „Haushaltssicherungskonzept“ zu gehen, denn der Bau der weiterführenden Schule ist für Alfter eine einmalige, ungewöhnlich hohe und zugleich unabwendbare Zukunftsinvestition. Die Überlastung der Gemeinden ist zudem ein Strukturproblem. Allein in NRW erheben 20 Kommunen noch höhere Grundsteuern als Alfter. Dieses Problem lässt sich nicht mit Buchungstricks umschiffen, nicht mit immer höheren Hebesätzen und schon gar nicht mit einem Abwahlbegehren.

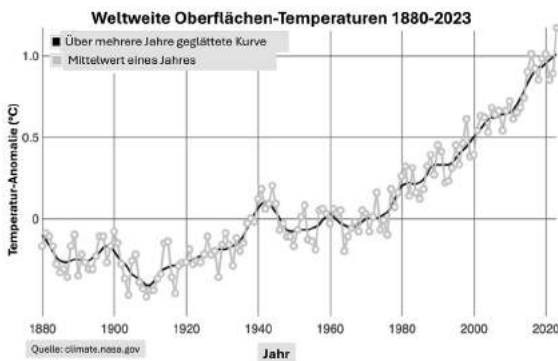
Populismus ist auch ein gefährliches Rezept. Viele sagen, das politische Klima in Deutschland sei rauer geworden, auch in der Kommunalpolitik. Immer wieder hört man von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die persönlich beleidigt und angegriffen werden. Das dürfen wir nicht akzeptieren, auch nicht in Alfter. Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen anderen Politikstil. Deshalb haben wir eine „Alfterer Erklärung zur Demokratie“ vorgeschlagen, die von allen im Rat vertretenen Parteien und Wählergruppen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen in unserer Gemeinde unterzeichnet wurde. Hoffentlich ein gutes Zeichen für den Kommunalwahlkampf im nächsten Jahr.



Es wird wärmer...

Folgen wir den Schlagzeilen der Presse und Talkshow-Diskussionen, dann entsteht der Eindruck, dass die Grünen die Ursache aller Probleme sind. *Wären wir sie nur los, würde Ruhe ins Land einkehren, wie zu Merkels Zeiten. Endlich wieder Ruhe!*

Nur leider ist da noch die Realität, die sich nicht so einfach verleugnen lässt. Ein Blick aufs Thermometer oder – für Nerds wie mich – auf das CO₂-Messgerät zeigt uns allen, dass sich die CO₂-Konzentration und vor allem die Erderwärmung rasch beschleunigen.



Die Abbildung zeigt die Veränderungen der globalen Oberflächentemperatur seit dem Jahr 1880. Im vergangenen Jahr (2023) erreichte die durchschnittliche Oberflächentemperatur der Erde einen Rekordwert seit 1880. Insgesamt war die Erde etwa 1,36 °C wärmer als im vorindustriellen Durchschnitt des späten 19. Jahrhunderts. In Europa ist der Anstieg der Durchschnittstemperaturen aufgrund geografischer und klimatischer Bedingungen um mindestens 1 °C höher. Die letzten zehn Jahre (2014-2023) waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Es besteht eine 99%ige Wahrscheinlichkeit, dass 2024 zu den fünf wärmsten Jahren seit 1880 gehört, und eine 20-25%ige Chance, dass dieses Jahr erneut wärmer wird als alle vorherigen in diesem Zeitraum. Der Klimawandel stellt bereits jetzt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Gesundheit dar und hat in den letzten Jahren zu einem deutlichen Anstieg hitzebedingter Todesfälle geführt. Eine hochrangige wissenschaftliche Studie über die hitzebedingten Todesfälle des Jahres 2022 liegt nun vor: Etwa 70.000 zusätzliche Todesfälle (95% Schätzbereich 37.000-87.000) traten in den Sommermonaten 2022 auf. Die meisten dieser Todesfälle ereigneten sich in Spanien und Italien, doch auch in Deutschland steigt die Zahl hitzebedingter Todesfälle weiter an. Besonders gefährdet sind Menschen ab 65 Jahren, insbesondere Frauen und Personen mit Vorerkrankungen sowie Säuglinge und Kleinkinder.

Die Konsequenzen sind klar: Wir müssen die Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ernsthaft umsetzen, um einen weiteren Anstieg der Temperaturen zu begrenzen. Dies gilt natürlich auch für den Verkehrssektor. Gleichzeitig müssen wir in unseren Städten und Wohnungen Maßnahmen ergreifen, um gesundheitliche Schäden durch Hitze zu verhindern. Wichtige Initiativen beinhalten unter anderem:

- Die verstärkte Begrünung von städtischen Gebieten, insbesondere von stark aufgeheizten Straßen, um eine Kühlung zu fördern.
- Die Umsetzung der Verkehrswende, um die Zahl der hitze-produzierenden Fahrzeuge und die resultierende CO₂-Freisetzung zu vermindern.
- Die Nachrüstung nachhaltiger Kühlsysteme (keine klassischen Klimaanlage).
- Es ist auch entscheidend, dass gefährdete Personen ihre Wohnungen und Lebensweise an heiße Sommer anpassen.

Wichtige Hinweise gibt es unter anderem auf: www.Bundesgesundheitsministerium.de

Die rheinische Tiefebene und ihre Städte, insbesondere Bonn, gehören zu den wärmsten in Deutschland. Für uns hat bereits begonnen, was seit Jahren angekündigt wird. Sind wir in der Lage, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen?

Quellen beim Verfasser.

Axel Glasmacher



Erste Pflanzentauschbörse in Alfter

Viele Hobbygärtnerinnen und Hobbygärtner, die ihre Gemüsepflanzen selbst aussähen, haben meist mehr Pflanzen im Anzuchtbehälter, als sie später im Garten auspflanzen können. Und gerade bei Tomaten hat man ja auch gerne unterschiedliche Sorten. Was liegt da näher als miteinander zu tauschen. Und so kam es dann am 27. April zur ersten Grünen Pflanzentauschbörse in Alfter. Auf dem Garagenstellplatz standen ein paar Tische mit all den Pflanzen, die ich ausgesät hatte, oder Ablegern von Pflanzen, die sich im Garten vermehrt hatte. Ein paar Pflanzkartoffeln hatte ich auch noch übrig. So tauschte ich meine Tomaten der Sorte Tigrella gegen eine robuste Strauchtomate und eine Artischocke ein. Den Garten wechselte auch eine Teechrysanthe, die noch eine liebevolle, handgeschriebene Anleitung bei sich trug. Bis dato wusste ich noch nicht einmal, dass man aus speziellen Chrysanthemenblüten auch Tee kochen kann. Bei den Tausch- und Verschenk-Aktionen ergaben sich zudem viele wunderbare gärtnerische Fachsimpeleien über verschiedene Sorten und welche Pflanzen welchen Standort und welche Pflege benötigen. Sicherlich kann man in vielen Gärtnereien und Discountern sehr preiswerte Gemüsepflänzchen kaufen. Aber ich glaube kaum, dass sie so gut schmecken, wie diese liebevoll selbst gezüchteten Exemplare.

Wir waren überrascht und erfreut, wie viele Menschen vorbeikamen. Natürlich kamen alle Pflanzen in wiederverwendeten kleinen Töpfen, Zeitungspapier oder Konservendosen. Nachhaltiger geht es nicht mehr.

Und am Ende der Tauschbörse hatten tatsächlich alle Pflanzen ein neues Zuhause gefunden!

Sabina Glasmacher



Ein Plädoyer für das Unkraut

Ich liebe Pflanzen, und ich gestehe es: gerne auch südländische Pflanzen wie Oleander, Olivenbaum, Zitruspflanzen und Bougainvillea. Je bunter, desto lieber. Und ich mag auch einen „aufgeräumten“ Garten und verbringe viele Stunden im Sommer mit Unkraut zupfen. Als ich aber von der Krefelder Studie und dem hierin dokumentierten, rasanten Insektensterben hörte, begann ein Umdenken und mein Entschluss reifte, meinen Garten naturnäher zu gestalten. Als erstes entfernte ich meine große Forsythie. Auch wenn der Strauch so wunderschön und schon so früh im Jahr blüht: die Blüten enthalten keinerlei Nahrung für Insekten. Somit finden Insekten, die hungrig aus den Winterquartieren von den Blüten angelockt werden, dort keine Nahrung und sterben oft. Als Ersatz pflanzte ich eine Kornelkirsche. Diese ist bei Insekten und Vögeln gleichermaßen beliebt, blüht auch sehr zeitig im Jahr und die Früchte lassen sich im Herbst zu einer guten Marmelade verarbeiten.

Und so ging es Stück für Stück weiter. Ein Strauch, der die Trockenheit nicht überlebt hatte, wurde durch einen heimischen Ginster ersetzt. Ginster macht sich auch sehr schön in Töpfen. In Kübeln auf der Terrasse gedeiht auch wunderschöner Ysop. Dessen Blätter lassen sich im Winter auch in der Küche als Ersatz für Basilikum verwenden. Mein Lavendel durfte bleiben aber in viele Lücken im Garten pflanzte ich Karthäuser- und Pfingstnelken sowie Taubenskabiose, Lauch und Gartensalbei.

Als ich so meine Rasenfläche betrachtete, fand ich sie richtig eintönig. Zwei kleine Rundbeete waren im Rasen schnell abgestochen und eine bereifte Hechtrose und eine schottische Zaunrose fanden dort Platz, umringt von kleinen Asten. Vom Rand her wachsen jetzt Thymian, Quendel und Günsel herein.

Erstaunlich war, wie viele Insekten sich schon im ersten Jahr an meiner neuen Bepflanzung erfreuten. Es summte und brummte und auch die Vögel schienen erfreut.

Geschockt war ich allerdings, als ich erfuhr, dass die in den üblichen Baumärkten als „bienenfreundlich“ deklarierten Pflanzen oft mit Pestiziden behandelt werden und somit nicht wirklich bienenfreundlich sind.

Und kann man nicht einfach auch die Baumscheibe vor seinem Haus entsprechend umgestalten? Und muss wirklich jede wilde Möhre, die sogar in den Fugen wächst, als „Unkraut“ entfernt werden? Gerne stelle ich mir vor, wie viele solcher umgestalteten Flächen als „Trittsteine“, als Überlebensinseln für Insekten helfen können.

Interessierten empfehle ich das sehr unterhaltsam geschriebene, kluge Buch von Christiane Habermalz: „Anstiftung zum Gärtnerischen Ungehorsam“. Auch auf der Webseite des Naturgarten e.V. (www.naturgarten.org) finden sich viele nützliche Informationen.

Und jetzt muss ich raus in den Garten: Dort wo jetzt noch ein Bambus wächst, soll im kommenden Jahr ein Sandarium entstehen, als Bruthilfe für Sandbienen ☺))

Dr. Sabina Glasmacher



Wie geht es weiter mit dem Gymnasium?

Das Gymnasium Alfter ist erfolgreich gestartet. Sein breites pädagogisches Konzept ist beeindruckend: Der Fachunterricht wird erweitert durch individuelle Förderung, ergänzt durch viel Kreatives von Musik über Sport bis zur Programmierung von Robotern. Auch im zweiten Jahrgang, der im August startet, werden vier Klassen gebildet. Allein 110 Anmeldungen kamen aus unserer Gemeinde.

Die Neugründung einer weiterführenden Schule war also richtig. Sie war notwendig, weil das Schulgesetz von jeder einzelnen Gemeinde verlangt, die Beschulung auch ab Klasse 5 zu sichern. Nach einem Jahrzehnt des Stillstands war die Entscheidung überfällig.

Der Erweiterungsbau muss nun zügig bis zum Sommer 2027 entstehen. Die ersten Planungen vom Dezember 2022, die auf Baukosten von fast 80 Millionen Euro hinausliefen, hat vor allem unsere Grüne Ratsfraktion massiv kritisiert. Wir konnten nachweisen, dass die vorgesehenen Räume völlig überdimensioniert waren. Im April 2023 kürzte der Gemeinderat nicht zuletzt aufgrund unserer Argumente den Raumbedarf um 15 Prozent, weitere 8 Prozent sollten noch geprüft werden. Damit waren, so dachten wir zunächst, viele Millionen eingespart. Die Verwaltung plante jedoch trotzdem im Haushalt 75 Millionen Euro ein, weil ein zweites Gutachten auf diese Summe kam. Aber auch diesem zweiten Gutachten konnten die Grünen Mängel nachweisen: Das bestehende – gerade erst rundum erneuerte – Gebäude sollte nochmal umgebaut werden, die Flächen waren immer noch überzogen, und die Baupreise wurden mit übertriebenen Teuerungsraten hochgerechnet. Leider hat die Verwaltung die Fehler im Haushalt nicht korrigiert.

Kürzlich hatte unser Beharren auf Einsparungen jedoch endlich Erfolg, als im Schulausschuss die Ausschreibung für einen Architekten-Wettbewerb beraten wurde. Das Raumprogramm wurde tatsächlich weiter geprüft und gekürzt. Auf einen Umbau des bestehenden Gebäudes wird nun – wie von den Grünen gefordert – verzichtet.

Unter dem Strich gehen wir davon aus, dass unsere hartnäckige, sachliche Kritik mindestens 15-20 Millionen Euro Baukosten einsparen kann, ohne Abstriche an der pädagogischen Qualität der Schule. Die Einsparung entspricht einem Jahresbudget für sämtliche Personal- und Sachausgaben der Gemeinde. Genau wird man es wissen, wenn der Architekten-Wettbewerb abgeschlossen ist. In der Jury werden wir darauf achten, dass kostengünstig und nachhaltig, aber auch nach modernen pädagogischen Konzepten gebaut wird.

Wir bleiben dran!

Zum Artikel aus unserer Zeitung vom Dezember 2023 über unsere Einsparvorschläge beim Schulbau und die Kritik an den Gutachten geht es hier:



Eckhard Klieme

Seite 6



Aus dem Gemeinderat:

Die GRÜNEN zum Haushalt 2024/25

Der Haushalt – ein Spagat

Selten hat ein Haushalt der Gemeinde Alfter so sehr das Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf sich gezogen, wie der Doppelhaushalt 2024 / 2025. Er hat zu vielen Diskussionen in unserer Gemeinde geführt. Im Mittelpunkt stand die Abwägung zwischen dem Zwang zu sparen und der dringenden Notwendigkeit zu investieren und Pflichtaufgaben zu erfüllen: bei Kitas, Schulen, ÖPNV, Feuerwehr, Klimaschutz und vielem mehr. Gleichzeitig erwarten die Bürgerinnen und Bürger zurecht, dass sie nicht über das notwendige Maß hinaus mit Steuern und Abgaben belastet werden.

Das Umfeld: schwierig

Das gesamtwirtschaftliche und politische Umfeld ist schwierig und auch Berlin und Düsseldorf machen den Kommunen wenig Hoffnung auf eine strukturelle Verbesserung der Einnahmesituation der Städte und Gemeinden: Die dringend nötige große Reform der Kommunalfinanzierung in Deutschland bleibt aus. Immer mehr Aufgaben ohne adäquate Gegenfinanzierung erdrücken die kommunalen Haushalte – beileibe nicht nur in Alfter – und setzen die kommunale Selbstverwaltung unter Druck; die Situation kann schnell die Stimmung vor Ort vergiften und bereitet damit den Grund für Populismus.

Investieren – generationengerecht und nachhaltig

Die Kommunalpolitik muss zwischen all diesen Herausforderungen vermitteln und trotz knapper Kassen gute Lösungen für das Gemeinwohl finden. Für uns GRÜNE bedeutet verantwortungsvolle Finanzpolitik nicht einfach ein „NEIN“ zu Ausgaben. Man wusste in Alfter z.B. schon früh, dass eine Gemeinde mit knapp 25.000 Einwohnern ohne weiterführende Schule auf Dauer kein zukunftsweisendes Konzept sein kann. Genauso wussten wir bereits vor vielen Jahren, dass die Feuerwehrgerätehäuser marode und zu klein sind. Trotzdem hat man die Investitionen verschoben, bis von der Niedrigzinsphase nur noch eine blasse Erinnerung bleibt. Was hat Alfter von einer solchen Politik? Große Infrastrukturschulden und Pflichtaufgaben, vor denen man sich jetzt wirklich nicht mehr verstecken kann. Deshalb unterstützen wir z.B. das Gymnasium mit allem Notwendigen und setzen uns weiter für wichtige Investitionen in den ÖPNV ein. Leider waren wir die einzigen, die etwa die Ausweitung der Hangbusse auch gegen Widerstand durchbringen wollten. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sehen anders aus! Durchsetzen konnten wir hingegen, dass Alfter sich weiter zum interkommunalen Projekt der Radpendlerroute bekennet und etwas für den Radverkehr tut.

Sparen – wir brauchen strukturelle Verbesserungen

Kluge Finanzpolitik meint aber nicht nur Investieren in wichtige Projekte. Es heißt natürlich auch: sparen. Aber nicht blind, sondern mit Struktur und neuen Ideen: Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, die Personalkosten durch eine kostenneutrale Analyse der Verwaltungsstrukturen und Arbeitsabläufe langfristig zu senken. Die anderen Fraktionen fanden die Idee gut – und sprachen sich dennoch dagegen aus. Andere Punkte im Haushalt tragen hingegen klar unsere Handschrift: wir gehörten zu den ersten, die eine Begrenzung der Anhebung des Grundsteuerhebesatzes gefordert haben. Die bisherige Erhöhung war bitter, aber unumgänglich zur Finanzierung unserer Pflichtaufgaben. Bevor man über weitere Erhöhungen nachdenken kann, muss man sich zunächst ernsthaft dafür einsetzen, ungenutzte Einsparpotentiale und Einnahmesteigerungen zu realisieren. Im Haushalt 24/25 wurden auf unsere Anregungen hin endlich größere Gewinnabschöpfungen bei den Gemeinwerken vorgenommen. Damit schaffen wir in einer relevanten Größenordnung Mehreinnahmen, die dem Haushalt dauerhaft zufließen. Hier war man in der Vergangenheit viel zu zurückhaltend. Mit solchen strukturellen Verbesserungsvorschlägen bieten wir für wichtige Zukunftsprojekte konkrete Gegenfinanzierungen an.

Für die Zukunft – konstruktiv und realistisch

Auch wenn der Doppelhaushalt 24/25 gerade erst beschlossen wurde: die Diskussionen um die Gemeindefinanzen werden weitergehen. Die GRÜNEN im Gemeinderat werden sich in der Haushaltspolitik weiterhin für strukturelle Verbesserungen und ein angemessenes Verhältnis von wichtigen Zukunftsinvestitionen und der notwendigen Haushaltskonsolidierung einsetzen.

Sie haben Ideen, was man dort tun könnte?

Sprechen Sie uns an!

Dominic Larue

Gemeinsame Erklärung von



Für Vielfalt, Toleranz und eine starke Demokratie in Alfter!

Demokratische Auseinandersetzung und gemeinsame Werte – Unser Fundament und Kompass

Demokratische Auseinandersetzung und gemeinsame Werte – Unser Fundament und Kompass

Als Vertreterinnen und Vertreter des gesamten demokratischen Spektrums ringen wir im Alltag der Kommunalpolitik um die besten Lösungen für unsere Gemeinde. Oft können wir uns auf gemeinsame Positionen einigen, aber häufig machen wir unterschiedliche Vorschläge oder setzen verschiedene Prioritäten. Dann wird kontrovers diskutiert und am Ende entscheidet die Mehrheit. Auch die Auseinandersetzung geschieht jedoch immer auf der Basis gemeinsamer Werte. Wir sind dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet, achten die Gesetze unseres Landes, schützen die Menschen- und Bürgerrechte – auch für Minderheiten – und damit die Würde jedes Menschen. Das ist der Ausgangspunkt und der Kern unserer deutschen Rechtsordnung. Als Reaktion auf die Barbarei des Nationalsozialismus und die Schrecken des zweiten Weltkrieges wurde im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die freiheitlich-demokratische Grundordnung festgeschrieben. Es ist die Pflicht der staatlichen Institutionen und Parlamente auf allen Ebenen – von der Gemeinde bis zur Ebene des Bundes –, aber auch die Aufgabe jeder Einwohnerin und jedes Einwohners unseres Landes, diese Grundordnung zu beachten und zu bewahren.

Sorge um Demokratie und Menschenrechte

Heute nehmen wir als Vertreterinnen und Vertreter von Parteien und Wählergemeinschaften der demokratischen Mitte mit Sorge die wachsende Gefahr wahr, die unserer offenen Gesellschaft und unserem demokratischen Rechtsstaat von innen droht. Die erschreckenden Ergebnisse der Correctiv-Recherche haben noch einmal unter einem Brennglas gezeigt, mit welcher

Menschenverachtung rechtsextreme Kräfte Pläne schmieden, große Teile der Bevölkerung ihrer Menschen- und Bürgerrechte zu berauben. Wer aber die Grundrechte einzelner in Frage stellt, der wendet sich insgesamt gegen die Werte, die das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bilden. Die Menschen- und Demokratiefeinde versuchen dabei nicht nur, einzelnen Gruppen ihre Menschen- und Bürgerrechte zu nehmen. Wo sie können, zielen sie darauf ab, den Staat, der diese Rechte in Deutschland für alle garantiert, verächtlich zu machen und seine Repräsentantinnen und Repräsentanten zu verunglimpfen.

„Nie wieder“ ist heute!

Dieser Gefahr haben sich in den letzten Wochen deutschlandweit, auch in unserer Region, viele Menschen entgegengestellt. Wenn heute – 90 Jahre nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten – die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremen wieder erstarbt, müssen auch wir zusammenstehen und jede Polemik entschieden zurückweisen, die einen Keil zwischen die Menschen in Deutschland treiben will und die vermeintlich einfachen Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit verspricht. Es sind gerade die Vielfalt und Offenheit unserer Gesellschaft sowie die Werte unseres Rechtsstaats, die uns stark und handlungsfähig machen. Deshalb stehen wir gemeinsam ein für Zusammenhalt und Frieden in unserer Gemeinde. Problemen und Herausforderungen begegnen wir gemeinsam, konstruktiv und mit gegenseitigem Respekt. Hass und Hetze weisen wir zurück. Wir laden alle Menschen in Alfter, alle Vereine, Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen ein, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Alfter, im Januar 2024



Abschaltung der Straßenbeleuchtung: Fluch oder Segen?

Straßenbeleuchtung ist mehr als nur „Licht im Dunkeln“.

Die Umrüstung auf LED-Leuchten war ein erster, wichtiger Schritt in der Gemeinde Alfter für den Schutz von Insekten, denn sie sind die verträglichste Beleuchtungsart für Insekten. Die nächtliche Abschaltung der Straßenlaternen war der nächste wichtige Schritt.

Laut einer Studie der Universität Mainz verenden täglich rund 1 Milliarde nachtaktive Insekten an Straßenlaternen in Deutschland. Etwa die Hälfte aller Insekten ist nachtaktiv. Normalerweise orientieren sie sich an natürlichen Lichtquellen, wie den Sternen oder dem Mond. Da sie sich in einem rechten Winkel zur Lichtquelle bewegen und da die natürlichen Lichtquellen weit weg sind, fliegen sie in einer geraden Linie. Unsere künstlichen Lichtquellen sind dagegen wesentlich heller und näher. Die Insekten umkreisen diese Quellen immer schneller und sterben dann durch Erschöpfung oder Verbrennung.

Insekten tragen zur biologischen Vielfalt bei. Für die Land- und Forstwirtschaft sind sie von großer Bedeutung. Ein Weniger an Insekten hätte erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen für die beide Bereiche. Auch unsere regionalen Obstbauern wissen Insekten sehr zu schätzen.

Es ist im Interesse von uns allen, dass Insekten geschützt werden. Vielen BürgerInnen ist dieser Zusammenhang bewusst und sie bauen Insektenhotels oder legen auf ihrem privaten Grundstück einen Blumenwiesenstreifen an, um Insekten einen artgerechten Lebensraum zu bieten.

Auch die zeitlich begrenzte Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung ist eine sinnvolle Maßnahme, die für Insekten schädliche Lichtverschmutzung so weit wie möglich zu reduzieren.

Neben dem Schutz der Insekten hat die Nachtabschaltung auch positive wirtschaftliche Auswirkungen, beispielsweise durch Einsparungen beim Stromverbrauch für die Straßenbeleuchtung der Gemeinde Alfter. Die Abschaltung wird nach Schätzungen der Verwaltung jährlich 70.000 € einsparen – Geld, das die Gemeinde dringend benötigt.

Auf Antrag der Grünen hat der Rat im Juni 2023 die Verwaltung mit der Umsetzung der Nachtabschaltung beauftragt. Der Antrag wurde unterstützt von der SPD, den Freien Wählern und der FDP – gegen die Stimmen der CDU.

Im Ergebnis wird die Straßenbeleuchtung werktags von Mitternacht bis 5.00 Uhr morgens abgeschaltet und am Wochenende von 01.00 Uhr bis 05.00 Uhr. Ausgenommen sind sogenannte klassifizierte Straßen sowie Gefahrenstellen, Fußgängerüberwege, Bahnübergänge und Zufahrten für die Feuerwehren.

Ist das Abschalten der Straßenbeleuchtung eine Einladung für Kriminelle?

Nein. Schaut man sich Städte und Gemeinden an, die eine solche Abschaltung bereits vorgenommen haben, so gibt es keine Kommune, die eine signifikante Steigerung der Kriminalität in den Zeiten der Abschaltung der Straßenbeleuchtung belegen kann. Ganz im Gegenteil: In Großbritannien gibt es schon bedeutend länger vergleichbare Maßnahmen. Hier zeigt sich vor allen Dingen bei Autoeinbrüchen ein Rückgang um 50%, sobald die Straßenlaternen ausgeschaltet sind.

Das Team rund um Prof. Phil Edwards von der London School Hygiene and Tropical Medicine, der mit seinem Team den Zusammenhang zwischen Licht und Kriminalitätsraten erforscht hat, vermutet, dass die vollkommene Dunkelheit die Verbrechen eher abschreckt, weil diese länger benötigen, um mit der Taschenlampe ein Auto aufzubrechen und gegebenenfalls Gegenstände im Auto zu finden.

Obwohl Alfter bereits seit Mitte vergangenen Jahres die Straßenlaternen teilweise abschaltet, gibt es laut polizeilicher Kriminalstatistik 2023 einen Rückgang der allgemeinen Kriminalität um minus 40 Fälle für das Jahr 2023. Auch die Zahl der Autoeinbrüche ist nicht angestiegen. Allerdings wurde die Nachtabschaltung der Alfterer Straßenlaternen erst im April vollständig umgesetzt. Man darf also auf die Zahlen der Jahre 2024 und 2025 gespannt sein.

Hermann Huckert und Benedikt Malitte

Europawahl
9. Juni 2024

**GEMEINSAM FÜR
EIN STARKES
EUROPA!**

*Wir schützen Europa, damit es uns schützt.
Wir stärken Europa, weil es uns stark macht.*

gruene-rhein-sieg.de

Wenn Du mehr
darüber wissen willst,
wie wir Europa besser
machen wollen



Warum wir mehr
Grün in Europa
brauchen



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Einheit in Vielfalt – das ist Europa.

*Frieden, Kultur und
Zusammenarbeit. Die Basis sind
Respekt, Toleranz und Solidarität.*

WER UNS VERTRITT

Terry Reintke ist unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl 2024. Sie ist eine profilierte, erfahrene und leidenschaftliche Europäerin. Sie kämpft im Europäischen Parlament für die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft, für mehr Gerechtigkeit und eine wehrhafte Demokratie.



©Nils Leon Brauer

Für den **Rhein-Sieg-Kreis** kandidiert die Bonnerin **Alexandra Geese**. Sie steht für Demokratie im digitalen Zeitalter. Im Europäischen Parlament hat sie ein Gesetz erreicht für Meinungsfreiheit ohne Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken. Demokratie und Information im Internet müssen auch rechtlich gegen Lügen und Hass geschützt werden. Sie ist eine unermüdliche Kämpferin für Frauenrechte und eine vielfältige Gesellschaft.

Mathieu CUGNOT © European Union 2022

